

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

## Amtsblatt



## Anzeiger

für  
das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.  
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für  
Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Trischheim, Ruchsnappel, Wilsenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach, Pleiße, Rußdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger // Fernsprecher // Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Bande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.  
das // -teljahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus. // Nr. 11.

Nr. 178.

Geschäftsstelle  
Schulstraße Nr. 31.

Donnerstag, den 3. August 1911.

Brief- und Telegramm-Adresse  
Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

61. Jahrg.

Ueber den Nachlaß des am 7. Juli 1911 in Oberlungwitz verstorbenen Sattlermeisters **Emil Friedrich Schaller** wird heute am 31. Juli 1911, vormittags 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Ortsrichter **Godermann** in Oberlungwitz wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 19. August 1911 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Vertheilung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 26. August 1911, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 19. August 1911 Anzeige zu machen.

### Königliches Amtsgericht zu Hohenstein-Ernstthal.

Zur Vermeidung der Zwangsvollstreckung sind bis zum 20. August 1911 zu bezahlen

- II. Termin Staats- und Gemeindegroßsteuer,
- III. Termin Gemeinde-Einkommensteuer,
- III. Vierteljahr Schulgeld,
- III. Vierteljahr Fach- und Fortbildungsschulgeld.

Hohenstein-Ernstthal, am 1. August 1911.

Der Stadtrat.

Unter den Viehbeständen der Firma **Feustel & Kleindienst** hier, **Gottbachstraße**, ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen.

Hohenstein-Ernstthal, am 1. August 1911.

Der Stadtrat.

Der 1. Termin Grundsteuer 1911 ist spätestens den

14. August c.

an die hiesige Ortssteuereinnahme Rathhaus, links 1. Zimmer, zu bezahlen.

Oberlungwitz, am 1. August 1911.

Der Gemeindevorstand.

Der am 1. August 1911 fällig gewesene 2. Termin Grundsteuer ist spätestens bis zum

12. August 1911

bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist vorzunehmenden Zwangsmittel an die hiesige Gemeindekasse, Zimmer Nr. 1, abzuführen.

Gersdorf (Bez. Chs.), am 1. August 1911.

Der Gemeindevorstand.

### Bekanntmachung.

Der 2. Termin Grundsteuer wird bis zum 10. d. s. Mts. in der Gemeindeexpedition vereinnahmt.

Gernsdorf, den 1. August 1911.

Der Gemeindevorstand.

Müller.

### Das Wichtigste vom Tage.

Nach Angaben des Berliner Wetterbureaus steht, zunächst für Westdeutschland, eine neue Zunahme der Hitze zu befürchten.

37 Professoren der Theologie an deutschen Universitäten verwarfen die bisherige Tätigkeit des Spruchkollegiums.

Die Herbstmanöver der Hochseeflotte beginnen am 20. August.

Bei der Norddeutschen Kreditanstalt in Königsberg verübte ein Lehrling Unterschlagungen von 28 000 Mark. Er ist flüchtig.

Der verfassungstreue und der konservative Großgrundbesitz Böhmens haben wieder die deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen begonnen.

In der Gemeinde Sero (Ungarn) wurden 160 Häuser mit Nebengebäuden durch ein Feuer verbrannt.

Die wissenschaftliche Sektion der internationalen Kommission für die Carnegie-Friedenslösung tritt heute in Wien zum erstenmal zusammen.

Die englische und russische Regierung erklärten sich durch ihre Befehle gegen den früheren Schah Mohamed Ali. In Petersburg freiten die Kasernen weiter.

Die persische Regierung verlangt in einer Note die Bestrafung des russischen Generalkonsuls in Täbris wegen der gewaltsamen Befreiung des früheren Gouverneurs von Ardebil.

\* Näheres siehe weiter unten.

### Die Marokko-Frage in völkerrechtlicher Beleuchtung.

In der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“ unterwirft Professor Dr. Niemeyer-Kiel die Marokko- und Agadir-Frage einer kritischen Würdigung vom völkerrechtlichen Standpunkte aus, die wir wiedergeben möchten, ohne uns den Schlussfolgerungen des Verfassers anzuschließen, wonach die Diplomatie die Fortbildung der Algeciras-Akte und neue Formen internationaler Vergemeinschaftung zu suchen hätte.

Nachdem am 7. April 1906 die Algeciras-Akte unterzeichnet war, durfte es das Wesentliche des Vorganges der Sieg der europäisch-amerikanischen Kulturpolitik über die marokkanische Kultur bezeichnet werden, und es konnte hinzugefügt werden, daß die Bedeutung der Algeciras-Konferenz über das besondere Interesse der Marokko-Frage hinaus, indem sie das allgemeine Zutreten zu dem Fortschreiten völkerrechtlicher Kulturorganisation wesentlich gestärkt habe. Inzwischen sind neue Stürme über das scharifische Reich dahingegangen, und die elektrische Spannung hat sich wieder zu solcher Druchhöhe gesteigert, daß das Erscheinen eines deutschen Kanonenbootes vor Agadir die ganze politische Welt in Unruhe zu setzen vermochte. Völkerrechtsspezialisten sagen: „Die Algeciras-Akte ist gepregelt, ihr Recht hat sich als eitel Papier erwiesen. Macht geht vor Recht“; gegen das von den herrschenden Gewalten in die Bahnhale geworfene Brennstück hat wieder einmal das schwache Gewicht völkerrechtlicher Ab-

machungen nicht standgehalten. Zum Glück hat aber die moderne Völkerrechtsauffassung eine jenen geschichtspolitischen Bestimmtheiten abweichende Richtung entgegenzustellen, welche in der jetzigen Entwicklung der Marokko-Frage nicht ein Flaster des Völkerrechts, sondern dessen Bewahrung erblickt, und indem sie auch in dem Widerspiel der Interessen und Machtäußerungen der Staaten die lebendige und notwendige Bewahrung von Recht und Kultur, Völkerleben und Staatenpolitik sieht.

Vom objektiven Standpunkt der politischen Entwicklungsgeichte betrachtet, stellen sich die neuesten Ereignisse der Marokko-Angelegenheit als die naturgemäße Fortsetzung der im Jahre 1880 begonnenen europäischen Afrika-Politik dar. Durch den in diesem Jahre erfolgten national-ägyptischen Aufstand und die an die Beschließung Alexandriens sich anschließende Besetzung des Nils durch England wurde damals die große afrikanische Frage aufgeworfen. Um diese handelt es sich auch jetzt: die Marokko-Frage ist nur ein Ausschnitt jener Weltangelegenheit. Jenes Eingreifen Englands hatte das Signal zu einem föderalpolitischen Wettlauf gegeben. Es muß zugegeben werden, daß weder die Polizeiorganisation, noch die Marokko-Bank, weder die Zollverhältnisse noch das Fremdenrecht der Algeciras-Akte alle Wünsche befriedigt haben und daß die internationale Organisation in Marokko sehr der Vervollständigung bedarf. Durch Bruderkrieg, Aufstände und Fremdenverfolgungen hat die Regierung in Marokko auf neue die Intervention der Kulturstaaten herausgefordert.

Mit der Entstehung des „Panther“ hat nun auch das Deutsche Reich den Zeigefinger erhoben und mit ruhiger, aber deutlicher Gebärde auf die europäische Interessensolidarität und die Notwendigkeit völkerrechtsgemäßer Behandlung der Marokko-Frage als eines Ausschnitts der gesamten Afrikafrage hingewiesen. Daß dies in lediglich platonischen Sinne geschehe, wird niemand glauben oder fordern; nur wer die Karten in der Hand hat, kann mitspielen; wer keine Realbeglaubigung beibringt, dem fehlt hier die Sachlegitimation. Selbstverständlich fordert das Deutsche Reich nicht nur theoretische Anerkennung der offenen Tür, sondern in irgendeiner Form deren praktische Gewährleistung. Deutschland darf aber nach seiner Mitwirkung bei der Kongo- und Algeciras-Akte für sich die Präsumtion beanspruchen, daß es auch seine besonderen Interessen lediglich im Zusammenhang der internationalen Kultur- und Rechtsgemeinschaft zur Geltung bringen will, welche mit gesamtlicher Hand die Afrikafrage zu regeln berufen ist.

Die Völkerrechtsfrage macht dabei, trotz ihrer Verwickeltheit, im Verhältnis der Kulturstaaten weniger Schwierigkeit, doch noch größere Schwierigkeiten in dem Verhältnis zu der mohammedanischen Welt, deren innere Solidarität, von Kameer bis Indien, nicht nur Energie, sondern gleichzeitig allergrößte Vorsicht gebietet, auch, wo ihre fanatische Haltung gegenüber der abendländischen Kultur zweifellos den völkerrechtlichen Titel der Intervention in jedem Sinn des Wortes begründet. Es darf nicht vergessen werden, daß nur diejenige Intervention erfolgreich und darum begründet ist, welche an die Stelle der bestehenden Staats- und Rechtsformen wirklich Besseres setzt und den Bestand rechtlicher Ordnung gewährleistet.

Ordnung und Gerechtigkeit sind die ewig geltenden Kennzeichen alles Rechts, so auch des Völkerrechts. Die Diplomatie wird hier neue Formen internationaler Vergemeinschaftung zu suchen haben und sie nach dem Prinzip der Kultursolidarität und gemäß den guten oder schlechten Erfahrungen z. B. der türkischen „dette publique“, der ägyptischen Schuldenverwaltung, der internationalen Finanzkommission in Griechenland und sonstiger internationaler Spezial-Organisationen, vor allem aber in der organischen Fortbildung und Erweiterung der durch die Algeciras-Akte geschaffenen Verhältnisse zu finden wissen.

In den Pariser Zeitungskommentaren über die deutsch-französischen Marokko-Verhandlungen macht sich eine wachsende nervöse Ungeduld bemerkbar. Es wird der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Wartezeit endlich zu Ende gehe und daß das Publikum irgend welche Aufklärung über das Ergebnis der Verhandlungen erhalte. Gleichzeitig warnen die inspierten Blätter nachdrücklich vor den Phantasienachrichten, die üppiger denn je sich in der Pariser Presse entfalten. Im allgemeinen ist eine Abschwächung der optimistischen Auffassung festzustellen. Ueber den Stand der Marokko-Verhandlungen bringen Pariser Blätter die Meldung, daß der englische Botschafter im Namen der großbritannischen Regierung das Ersuchen an Frankreich gestellt hat um authentische Interpretation, ob durch die deutsch-französischen Besprechungen die Interessen Englands an der Algeciras-Frage berührt werden oder berührt werden können.

### Aus dem Reiche

Der Kaiser

Ist mit Gefolge gestern abend 10 Uhr von Swinemünde im Sonderzug nach Altengraben abgereist. Das Publikum brachte dem Monarchen stürmische Ovationen dar. Das Kaiser Wilhelm-Denkmal war festlich illuminiert.

### Deutschland und die portugiesische Republik.

Deutschland hat im Prinzip nunmehr die Anerkennung der Republik Portugal beschlossen, sofern die Republik die den deutschen Staatsangehörigen zu zahlende Entschädigung innerhalb des nächsten Monats vorbehaltlos anerkennt. Der portugiesische Gesandte ist in diesem Sinne benachrichtigt worden.

### Die Bevölkerung Deutschlands.

Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich ist die Bevölkerung des Reiches um die Mitte des laufenden Jahres auf rund 65 400 000 geschätzt worden. Die Schätzung ist auf Grund der bisherigen Bevölkerungszunahme erfolgt.

### Die Schulden des Reichs und der Bundesstaaten.

Im letzten Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs ist eine Finanzstatistik enthalten, die Angaben über die Schuldenlast des Reichs und der Bundesstaaten für das Rechnungsjahr 1910 bietet: Die gesamten fundierten Reichs- und Staatsschulden beliefen sich auf 19 285 Mill. M. gegen 17 573 Millionen im Jahre 1909, 16 573 im Jahre 1908, 16 386 im Jahre 1907, 15 691 im Jahre

1906, 15 205 im Jahre 1905 und 13 112 im Jahre 1901. Die Steigerung war also mit 1712 Mill. M. im letzten Jahre erheblich größer als in einem der vorausgegangenen Jahre; ihr Maximum hatte sie vorher im Jahre 1909 mit genau einer Milliarde Mark gehabt. In den neun Jahren seit 1901 hat sich die Schuldenlast um 6173 Mill. M., also um mehr als 6 Milliarden Mark oder 47 v. H. erhöht. Das Reich hatte zu Beginn des Rechnungsjahres 1910 4557 Mill. M. Schulden gegen 3894 im Jahre 1909 und 3644 im Jahre 1908, sodaß im Rechnungsjahre 1909 eine Zunahme um nicht weniger als 663 Mill. M. stattgefunden hat. In den letzten neun Jahren hat sich die fundierte Reichsschuld um 2241 Mill. M. oder 95 v. H. erhöht. In den Einzelstaaten ist die Sache infolgedessen weniger bedenklich, als es sich hier ja hauptsächlich um Anleihen für werbende Zwecke handelt.

### Fleischzufuhr aus Schweden.

Seit 1. Juli d. J. ist die Einfuhr von schwebischem Rindvieh nach Deutschland gestattet. Dieses Zugeständnis wurde Schweden bei Gelegenheit der deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen gemacht, wenn es auch in den Handelsvertrag selbst nicht aufgenommen wurde. Wie viel Rindvieh aus Schweden im Monat Juli bereits eingeführt worden, ist noch nicht bekannt; die Tatsache aber, daß in der ersten Hälfte des laufenden Jahres die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Schweden außergewöhnlich zugenommen hat, läßt darauf schließen, daß auch die Rindvieheinfuhr einen großen Umfang annehmen wird. In den ersten sechs Monaten 1911 sind 11 663 Doppelzentner frisches Rindfleisch aus Schweden zur Einfuhr gelangt, gegen nur 578 Doppelzentner gleichzeitig 1910.

### Zum 100jährigen Jubiläum der Universität Breslau

hat die Stadt ein Festgewand angelegt, das Universitätsgebäude ist reich geschmückt, das Portal sowie der Gang vom Senatsszimmer zur Aula Leopoldina, den der Zug bei der feierlichen Einholung des Kronprinzen passiert, ist mit blühenden Pflanzen und Lorbeerbäumen decoriert. Außer dem Kronprinzen, als Vertreter des Kaisers, nehmen noch der Erbprinz und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen und Prinz und Prinzessin Friedrich Wilhelm von Preußen aus Camenz an der Feier teil. Mehr als 7000 Teilnehmer sind von auswärts angemeldet, 46 Universitäten und 14 Akademien des In- und Auslandes haben Vertreter entsandt, um der Jubilarin ihre Glückwünsche darzubringen, darunter u. a. die kgl. niederländische Gesellschaft der Wissenschaften, die Columbia-Universität in Newyork, die Hochschulen in Prag, Paris, Christiania, Upsala, Glasgow, Edinburgh, Cambridge. Eine große Anzahl von Festschriften ist erschienen, und viele wissenschaftliche Vereine und Körperschaften bringen der Jubilarin Festgaben dar. Die Damen der Professoren und Dozenten haben eine neue Amtsstelle für den Rektor gestiftet. Die Sammlungen für ein Studentenheim, die von einem Komitee unter dem Protektorat des Fürsten v. Hatzfeld und unter Vorhitz des Bürgermeisters Trentin eingeleitet wurden, haben bisher den Betrag von über 100 000 M. erbracht; dazu hat die Stadt ein entsprechendes Grundstück gegenüber der Universität als Geschenk überwiehen. Zum neuen Rektor der Universität wurde der Professor der höheren Mathematik Geheimrat Adolf Kneser gewählt.